südostasien
Zeitschrift für Politik • Kultur • Dialog

[post_category]
Autor*in: [post_coauthors]

Wo Klimawandel am stärksten wirkt

Industrielle Kohlenutzung in Yangon © Axel Harneit-Sievers

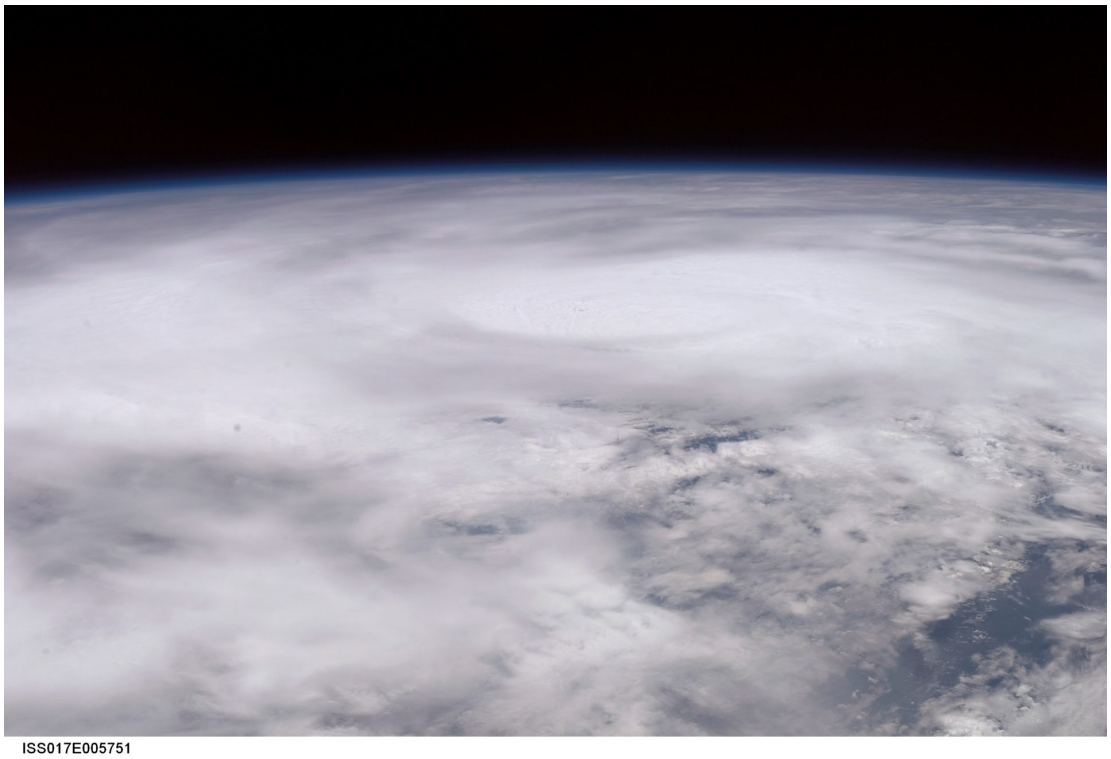
Myanmar: Naturkatastrophen der letzten zwei Jahrzehnte zeigen die Sensibilität des Landes für die Folgen des Klimawandels. Die Regierung will den Weg zu einer klimaresistenten und kohlenstoffarmen Gesellschaft ebnen, setzt jedoch weiterhin auf Kohle zur Energieversorgung.

Die Verschlechterung von Umweltbedingungen und der Klimawandel gehören zu den größten globalen Herausforderungen. Laut dem Klima-Risiko-Index (KRI, 2020) der Organisation Germanwatch waren 2018 maßgeblich Hitzewellen die Ursache von Schäden weltweit. Allen voran seien Japan, Indien und Deutschland davon betroffen gewesen. In Europa seien extreme

Hitzeperioden zwischen 10- und 100-mal wahrscheinlicher als noch vor einem Jahrhundert. Global betrachtet sind jedoch insbesondere Länder des Globalen Südens von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen.

Gerade wirtschaftsschwache Länder mit so genanntem *Least Developed Country-Status* (LDC) zeichnen sich durch eine erhöhte Verletzlichkeit aus. Obwohl die absoluten finanziellen Schäden in wirtschaftsstarken Ländern zumeist deutlich höher sind, treten in einkommensschwachen Ländern Todesfälle und existenzielle Bedrohungen durch Extremwetter sehr viel wahrscheinlicher auf.

Von den zehn am stärksten vom Klimawandel betroffenen Ländern zwischen 1999 und 2018 waren sieben so genannte Entwicklungsländer (Germanwatch 2019/20). Myanmar belegt auf diesem Index Platz zwei nach Puerto Rico und vor Haiti, den Philippinen, Pakistan und Vietnam. Ausschlaggebend hierfür ist vor allem der Zyklon (tropischer Wirbelsturm im Indischen Ozean) Nargis, der als einer der folgenschwersten Wirbelstürme in der Geschichte der Wetteraufzeichnungen bezeichnet wird.



Satellitenaufnahme von Zyklon Nargis © NASA Johnson, CC BY-NC 2.0

Viele Risiken

Myanmar gehört aufgrund seiner geographischen Lage und klimatischen Bedingungen zu den Ländern mit der größten Bevölkerungsgefährdung durch Seebeben (Platz sieben), Überschwemmungen (Platz zehn), Wirbelstürme (Platz elf) und Erdrutsche (Platz elf). Zudem ist Myanmar eines der 15 Länder, in denen insgesamt 80 Prozent der von schweren Überschwemmungen betroffenen Bevölkerung weltweit leben. Der Monsun bringt alljährlich zwischen Mai und Oktober starke Regenfälle in die Bergregionen und Flussdeltas. Dadurch kommt es zunehmend zu massiven Überschwemmungen, die die Menschen zur (dauerhaften) Flucht zwingen.

In Myanmar herrscht vorrangig ein tropisches Klima, das vom Monsun bestimmt wird. Es gibt mehrere klimatische Zonen, die mit unterschiedlichen Extremen zu kämpfen haben. So fällt

beispielsweise in Zentral-Myanmar die Zunahme von Trockenzeiten und Dürren durch das spätere Einsetzen des Monsuns, abnehmende Regenfälle und Hitzewellen ins Gewicht. Wasserknappheit, geringe Ernteerträge und sogar komplette Ernteausfälle sind in dieser Region keine Seltenheit mehr.

Das Ayeyarwaddy-Delta und die Küstenregion Rakhine im Westen des Landes sind von der zunehmenden Frequenz und Intensität von Zyklonen und Stürmen, einer höheren Wahrscheinlichkeit von Sturmfluten und abnehmender Süßwasserströmung bedroht. Betroffen sind hier die Küstenökosysteme, Ackerland, Ernten, die Infrastruktur und damit die Lebensgrundlage zahlreicher Menschen. In den Großstädten wird die Situation durch das mangelhafte Abwassersystem verschlimmert; in ländlichen Gegenden hauptsächlich durch Fluss- und Dammerosion.

Ayeyarwaddy-Delta © European Space Agency, CC BY-SA 2.0

Flucht vor Naturkatastrophen

Der Zyklon Nargis traf 2008 mit Windgeschwindigkeiten bis zu 215 km/h auf das Land. Er ist für über 95 Prozent der Todesfälle und Schäden in den letzten zwei Jahrzehnten verantwortlich. Rund 140.000 Menschen starben, bis zu 2,4 Millionen Menschen wurden obdachlos. Nur zwei Jahre später folgte Zyklon Giri, der über 20.000 Häuser zerstörte und vom dem mindestens rund 224.000 Menschen betroffen waren.

In den letzten Jahren kam es außerdem zu folgenreichen Überschwemmungen und Erdrutschen. So

mussten beispielsweise während der Monsunzeit 2019 über 100.000 Menschen evakuiert werden. Die Regierung Myanmars befürchtet eine durch den Klimawandel induzierte erhöhte Frequenz und Zerstörungskraft von Zyklonen und eine Verkürzung der Monsundauer bei gleichzeitig vermehrt auftretenden Starkregen.

Internationale Studien deuten darauf hin, dass die Zahl der schweren tropischen Wirbelstürme mit jedem Zehntel Grad des globalen durchschnittlichen Temperaturanstiegs zunehmen wird. Bis 2050 wird für Myanmar ein Temperaturanstieg um 1,3°C auf 2,7°C und ein Meeresspiegelanstieg zwischen 20 und 40 cm prognostiziert. Hunderttausende, wenn nicht Millionen Menschen werden zur Flucht in die Städte oder in andere Regionen und Länder gezwungen werden. Die Weltbank schätzt, dass bis zum Jahr 2050 über 143 Millionen Menschen weltweit zur Binnenmigration gezwungen sein könnten.

“Wir leben in einem Teil der Welt, der unglaublich hart vom Klimawandel betroffen sein wird. Die Beeinträchtigungen für die Landwirtschaft und Ernährungssicherheit werden enorm sein. Die Menschen (hier) werden nicht mehr wie jeher und am gleichen Ort weiterleben können“, so der Schriftsteller und Regierungsberater Thant Myint U (Mizzima, 2020-01-11)

Video: Warmer Days – Myanmar In The Age Of Climate Change

Klimapolitik der Regierung

Myanmar ratifizierte 1994 die *Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen* (UNFCCC) und 2003 das Kyoto Protokoll 2003. In den letzten Jahren reichte die Regierung dann ihr *National Adaptation Programme of Action* (NAPA) und den *Nationally Determined Contribution* (NDC) ein. Die zentrale Akteurin bezüglich Fragen des Klimawandels ist das *Environmental Conservation Department* unter dem *Ministry of Natural Resources and Environmental Conservation*. Es ist zuständig für die Verhandlungen und Berichterstattung auf internationaler Ebene, wie etwa über das UNFCCC. Im Zuge der Ratifizierung des Klimaabkommens von Paris richtete die Regierung außerdem ein nationales Steuerungskomitee für Umweltschutz und Klimawandel ein, das Ableger auf regionaler und (planmäßig) auf lokaler Ebene hat.

Unterstützt werden diese Strukturen durch die *Myanmar Climate Change Alliance* (MCCA), die 2013 mit Unterstützung der *Global Climate Change Alliance* (GCCA) ins Leben gerufen wurde und durch UN-Habitat (*United Nations Centre for Human Settlements*) und *United Nations Environment Programme* (UNEP) umgesetzt wird. Die Allianz dient als Plattform um das Thema Klimawandel in die Politikgestaltung und Reformagenda einzubeziehen.

Es unterstützt ebenso laufende Aktivitäten zum Klimawandel seitens der Regierung, lokalen Behörden, Nichtregierungsorganisationen, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft. In Kooperation mit der MCCA erarbeitete die Regierung das Paket *Myanmar Climate Change Policy, Strategy und Master Plan 2018-2030*. In diesen werden die Bedrohungen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Landes durch den Klimawandel explizit anerkannt und die Transformation in eine nachhaltige, klimaresistente und kohlenstoffarme Gesellschaft angekündigt.

Klimapolitik braucht Finanzierung

Trotzdem ist Myanmar auf potentielle Herausforderungen des Klimawandels bis jetzt nur sehr schlecht vorbereitet. Das liegt nicht zuletzt an fehlendem finanziellem Budget zur Förderung von

Anpassungsmaßnahmen. Der direkte Zugang zu internationalen Klimatöpfen durch nationale Einrichtungen ist gerade für die am meisten betroffenen Länder extrem begrenzt.

Morgendlicher Smog über den Dächern Yangons © Axel Harneit-Sievers

Die Organisation Germanwatch betonte beim letzten Klimagipfel Ende 2019, dass es an zusätzlichen Klimabudgets und technischer Unterstützung für ärmere Länder fehle. Gerade auch, um den durch das Klima verursachten Verlusten und Schäden effektiv begegnen zu können. Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) gehört gegenwärtig zu den größten „Klima-Investoren“ in die LDC-Länder der Region. Seit 2019 will sie jährlich rund sechs Milliarden US-Dollar für Anpassungsprogramme und Projekte zur Minderung des Klimawandels beitragen.

In Myanmar steuern bilaterale Hilfsprogramme steuern bisher das Gros der Klimafinanzierung im Land bei, vornehmlich in Zusammenarbeit mit Japan, Deutschland, Großbritannien, Norwegen, der Schweiz und Frankreich. Daneben erhält Myanmar Gelder aus multilateralen Quellen, wie etwa dem *ADB Special Fund*, der *International Development Association* (IDA) der *Weltbank* und der *Global Environmental Facility*.

Unglücklicherweise ist es vorrangig die Regierung, die hieraus Gelder bezieht. Dabei wären gerade auch nichtstaatliche Organisationen wie Bäuer*innenverbände, Stadtverwaltungen und NGOs entscheidende Akteurinnen und Akteure im Kampf gegen den Klimawandel.

Am Tropf fossiler Energien

Obwohl erneuerbare Energien auch in Asien im Trend liegen und zunehmen, ist für viele Regierungen die Abkehr von fossilen Energien weiterhin unvorstellbar. Die wesentlichen Motoren des Klimawandels wie Öl, Gas und insbesondere Kohle bleiben in den ASEAN-Staaten die wichtigsten Rohstoffquellen.

Im gegenwärtigen Strommix-Plan Myanmars für 2030 soll 34 Prozent der Energie aus Kohle gespeist werden (32 Prozent Wasserkraft, 20 Prozent Erdgas und der Rest aus erneuerbaren Energien). Die jährliche Kohleproduktion soll entgegen breitem zivilgesellschaftlichem Protest in den kommenden Jahren weiter hochgeschraubt werden. „Wir können uns nicht aussuchen, woher der Strom kommt (…). Es ist nicht an der Zeit, Nein zu Kohle zu sagen, wenn lediglich 35 Prozent der Bevölkerung unseres Landes Zugang zu Elektrizität hat“, betont U Ko Ko, ein Parlamentarier aus der Region Sagaing.

Dabei hat Myanmar schon jetzt die mit Abstand am stärksten verschmutzte Luft in Südostasien, Tendenz steigend. Sie gehört zu den größten Risikofaktoren für frühzeitige Sterblichkeit. Seit 2017 hat sie zu schätzungsweise über 45.000 Todesfällen landesweit beigetragen. Im Zuge der Demokratisierung seit 2011 kam es zu schnellen wirtschaftlichen Entwicklungen, gerade in urbanen Räumen. Die städtische Bevölkerung wächst exponentiell aufgrund von Landflucht, doch die Flächen sind begrenzt. Mehr als 80 Prozent der Stadtbevölkerung kocht mit Festbrennstoffen. Die Neuregistrierungen für Kraftfahrzeuge haben sich in den letzten fünf Jahren verdoppelt. Industrien rund um Städte sprießen aus dem Boden und der Bau neuer Industriezonen wird von der Regierung massiv gefördert.

Community Forest © Recoft

Ausblick

Die politischen Entscheidungen der kommenden Jahre werden maßgebend für Myanmars Zukunft und seine Antworten auf den Klimawandel sein. Vor allem sind hier die Einbindung und Zusammenarbeit mit lokalen Behörden, zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und betroffenen

Berufsverbänden im Landwirtschafts- und Fischereisektor für schnelle Fortschritte unabdingbar. Denn die Auswirkungen des Klimawandels sind je nach Region sehr unterschiedlich und bedürfen lokaler, kontextspezifischer Reaktionen.

Bis heute sind mehrere Landesteile von bewaffneten Konflikten betroffen. Glücklicherweise arbeiten zivilgesellschaftliche Initiativen schon länger an Gegen- bzw. Anpassungsstrategien, die insbesondere auf den Schutz der Wälder und Biodiversität setzen. So ist etwa laut dem *Karen Environmental and Social Action Network* (KESAN) die Entwaldung im Karen-Staat, aber auch landesweit, Hauptverursacher des Klimawandels.

Gemeinschaftliche Waldbewirtschaftung (Community forestry) wird daher – neben diversen anderen Maßnahmen – von vielen Initiativen als Schlüssel zur Verbesserung der Lebensqualität der Menschen und zum Schutz der Ökosysteme gesehen. Jetzt fehlt nur noch das finanzielle Budget, um solche zivilgesellschaftlichen Musterbeispiele und Ideen flächendeckend zu unterstützen. Hier stehen nicht nur Myanmars Regierung, sondern gerade auch die internationale Gemeinschaft in der Verpflichtung.

Dieser Text erscheint unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.